

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION



PAKETE, DIE ANKOMMEN *Entlastungen, die wirken*



ENTLASTUNGEN, DIE WIRKEN Mit welchen Maßnahmen wir die Energieversorgung sichern, Strom- und Gaspreise im Zaum halten und die Wirtschaft und Privathaushalte entlasten, erklärt Katharina Dröge und Britta Haßelmann. **Seite 4**

FIFA IM ABSEITS Bei der Vergabe der Fußball-WM der Männer nach Katar spielten Menschenrechte und Nachhaltigkeit keine Rolle. Philip Krämer und Boris Mijatović erläutern im Gespräch, was in Zukunft bei Sportgroßveranstaltungen anders werden muss. **Seite 8**

ERSTE DEUTSCHE SICHERHEITSSTRATEGIE Spätestens der Angriff Russlands auf die Ukraine zeigt ihre Notwendigkeit: Die Ampelkoalition arbeitet mit Hochdruck an einer Nationalen Sicherheitsstrategie. Merle Spellerberg und Jürgen Trittin umreißen die Eckpfeiler. **Seite 10**

DER BAUMEISTER Vom Nordirak über Sachsen in den Bundestag: Mit Humor und Sachverstand bringt Kassem Taher Saleh die Bauwende für den Klimaschutz voran. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 12**

SPÜRWECHSEL IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir einen ersten Meilenstein gesetzt. Was es auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene jetzt noch braucht, um geflüchteten Menschen zu helfen, schildern Filiz Polat, Karo Otte und Julian Pahlke. **Seite 14**

AUS DEN FACHBEREICHEN Wir berichten über unsere weitere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Highlights unserer Veranstaltungen **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de
V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich, Redaktion: Holger Böthling, Gisela Hüber, Gestaltung: Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann,
Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 138.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“,
Redaktionsschluss: 25.11.2022, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



EDITORIAL



Foto: St. Kaminski

Liebe Leser*innen,

wir blicken auf ein historisches Jahr zurück, geprägt vom russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Das Leid, die Gewalt und die Zerstörung bestürzen uns. Gleichzeitig sind wir zutiefst beeindruckt vom Mut und Widerstandswillen der Ukrainer*innen. Solidarisch, mit konkreter Hilfe und einem klaren außenpolitischen Kurs stehen wir an ihrer Seite. Auf ein weltweites Echo stößt auch der mutige Protest der Menschen im Iran. Wir unterstützen ihren Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung und fordern ein Ende der brutalen Staatsgewalt.

Uns trägt in dieser Zeit der Mut zur Veränderung und zu den pragmatischen Entscheidungen, die es jetzt braucht. Nach Jahren der Versäumnisse haben wir das erste Jahr der

Ampelregierung genutzt, um unser Land auf Zukunftskurs zu bringen. Dazu gehört das größte Paket für Erneuerbare in der bundesdeutschen Geschichte, der Schlüssel, um unabhängig von fossilen Energien zu werden, die Klimakrise zu bekämpfen und die nationale Sicherheit zu stärken. Kraftvoll stellen wir uns gegen rückwärtsgewandte Bestrebungen, Fracking oder Atomkraft erneut ins Spiel zu bringen. Ein Rollback in der Energiepolitik wird es mit uns nicht geben. Wir setzen auf Erneuerbare, Energieeinsparung und Effizienz.

Blockaden, die einer modernen Gesellschaftspolitik im Weg standen, haben wir gelöst. Der § 219 StGB, der ärztliche Beratung zum Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt, ist Geschichte. Tausende geduldete Flüchtlinge erhalten durch das neue Chancenaufenthaltsrecht eine Perspektive. Das Wahlalter ab 16 Jahren für die Europawahl in Deutschland gibt jungen Menschen eine Stimme. Wir arbeiten an einem modernen Einwanderungsrecht und gehen den Fachkräftemangel an. Putins Krieg zwingt uns, auch die geopolitische Aufstellung der deutschen und europäischen Politik auf den Prüfstand zu stellen und unsere kritische Infrastruktur stärker zu schützen.

Jeder Tag verlangt uns schwierige Entscheidungen ab, häufig in kurzer Zeit. Um Bürger*innen von hohen Energiekosten zu entlasten und die Wirtschaft zu stabilisieren, haben wir Maßnahmen in Höhe von 200 Milliarden Euro beschlossen. Die Lage der Menschen, die in Not sind oder wenig haben, behalten wir fest im Blick und handeln. Mit dem Bürgergeld setzen wir auf Ermutigung und Unterstützung. 250 Euro Kindergeld, ein höherer Mindestlohn, Heizkostenzuschüsse und die Reform des Wohngelds helfen Familien und Menschen mit kleinen Einkommen. Einen Quantensprung in der Verkehrspolitik bringt das 49-Euro-Ticket.

Zusammen haben wir in der grünen Bundestagsfraktion im zurückliegenden Jahr viel bewegt. Mit Mut und Zuversicht gehen wir auch die vor uns liegenden Aufgaben an.

Euch und Ihnen allen schöne Feiertage und ein frohes, gesundes neues Jahr wünscht

Britta Haßelmann

Entlastungspakete, die wirken

DAMIT KOMMEN WIR GEMEINSAM UND
GUT GESICHERT DURCH DEN WINTER:

FÜR ALLE

- Gas- und Strompreisbremse für Haushalte und Unternehmen
- Übernahme der Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme 12/2022
- 49-€-Ticket im bundesweiten Nahverkehr
- Abschaffung der EEG-Umlage
- Senkung der Gas- und Fernwärme-Umsatzsteuer auf 7 Prozent bis 3/2024
- Steuerentlastungen für 48 Millionen Bürger*innen

FÜR STUDIERENDE/ AZUBIS/ SCHÜLER*INNEN

- 200 € Einmalzahlung für Studierende und Fachschüler*innen
- 345 € erneuter Heizkostenzuschuss für Empfänger*innen von Ausbildungshilfen
- Deutliche Anhebung der BAföG-Sätze und Freibeträge zum Wintersemester 2022/23
- 200 € Kulturpass für alle, die 2023 volljährig werden
- Weniger Sozialabgaben auf Nebenjobs ab 2023

FÜR FAMILIEN UND ELTERN MIT KINDERN

- Kindergelderhöhung auf 250 € pro Kind ab 2023
- 100 € Kinderbonus
- Erhöhung des Kinderzuschlags für Familien mit geringen Einkommen ab 2023 auf bis zu 250 €
- Kindersofortzuschlag für Familien mit geringen Einkommen von 20 € pro Kind seit 7/2022

FÜR MENSCHEN MIT GERINGEM EINKOMMEN UND RENTNER*INNEN

- Einführung des Bürgergelds mit Erhöhung der Regelsätze auf über 500 €
- Ausweitung des Wohngelds auf zwei Millionen Haushalte; Verbesserung der Leistungen, unter anderem durch Heizkosten- und Klimakomponente (= monatlich circa 130 € mehr für einen durchschnittlichen 1-Personen-Haushalt)
- 2. Heizkostenzuschuss von 9/2022 bis 12/2022: für 1-Personen-Haushalte 415 €, für 2-Personen-Haushalte 540 € und für jede weitere Person im Haushalt zusätzliche 100 €
- 300 € Energiepauschale für Rentner*innen 12/2022
- Einmalzahlung von 200 € für Empfänger*innen von Sozialleistungen und 100 € für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld I
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12 €
- Kündigungsmoratorium zum Schutz von Mieter*innen vor Strom- und Gassperren
- Bis zu 2.000 € Hinzuverdienst mit geringeren Sozialbeiträgen ab 2023

FÜR UNTERNEHMEN UND BESCHÄFTIGTE

- Verlängerung des Kurzarbeitergelds
- Verlängerung der Hilfsprogramme (wie KfW-Kredithilfen und Energiekostendämpfungsprogramm) bis Ende 2022
- Verlängerung des Spitzenausgleichs bei der Energie- und Stromsteuer für energieintensive Unternehmen bis Ende 2023
- 100 Millionen Euro Förderprogramm für Klein- und Kleinstunternehmen für die Abkehr von Gas und Öl
- Verlängerung der Umsatzsteuerabsenkung für die Gastronomie
- Schutz gesunder Unternehmen vor Insolvenz durch unberechenbare Energie- und Rohstoffpreise

FÜR KOMMUNEN

- Übernahme der Abschlagszahlung 12/2022 von kommunalen Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen der sozialen Infrastruktur
- Härtefallfonds über zehn Milliarden Euro für energieintensive soziale Dienstleister wie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
- Absicherung der Liquidität von Stadtwerken (Margining-Finanzierungsinstrument)
- Günstige KfW-Kredite für kommunale und soziale Unternehmen
- Verlängerung des Sonderfonds für Kultureinrichtungen und Ticketverkaufszuschuss bis Ende 2022

www.gruene-bundestag.de/entlastungen



Die Ursachen für Energiekrise, steigende Preise und Inflation sind vielfältig, zuallererst ist aber der Krieg Russlands gegen die Ukraine dafür verantwortlich. Kurzfristig helfen Entlastungen, langfristig brauchen wir neue Antworten, um unser Land zukunftsfest zu machen.

Mit seinem brutalen Angriffskrieg versucht Wladimir Putin, seinen Einflussbereich zu vergrößern und Europa zu destabilisieren. Den Menschen in der Ukraine, die täglich um jeden Quadratmeter ihres Landes, um ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen, gilt unsere volle Solidarität. Wir unterstützen die Ukraine im Kampf gegen den Aggressor und müssen doch vermeiden, selbst Kriegspartei zu werden. Dieser Krieg bringt Europa und unser Land in eine Wirtschaftskrise, wie wir sie bisher nicht kannten. Wir stemmen uns gegen hohe Energie- und Lebensmittelpreise, dazu droht das Szenario einer Gasmangellage mit schwerwiegenden Konsequenzen für unsere wirtschaftliche Situation.

Die Ampelkoalition arbeitet mit Hochdruck daran, die komplexen Probleme in den Griff zu bekommen: die Energieversorgung zu sichern, Strom- und Gaspreise im Zaum zu halten, Wirtschaft und Privathaushalte zu entlasten. In kürzester Zeit müssen Maßnahmen entwickelt werden, für die es oft keine Blaupause gibt. In einer Krise dieses Ausmaßes müssen auch unsere Antworten darauf radikal und tief greifend sein. Es gilt, zumindest die schwerwiegendsten Folgen abzuwenden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren.

ENTLASTEN, WO IMMER ES GEHT

Für viele Menschen stellt die aktuelle Situation eine enorme Belastung dar. Aber auch Unternehmen sorgen sich um ihre Zukunft, vom DAX-Weltmarktführer bis zum lokalen Handwerksbetrieb, kommunale Versorger oder Bäckereien ebenso wie Kulturbetriebe und soziale Einrichtungen.

Für die Ampelkoalition ist klar: Wir lassen niemanden allein, nur gemeinsam bewältigen wir diese Krise! Um zielgenau zu helfen, haben wir drei Entlastungspakete im Wert von rund 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, dazu einen 200 Milliarden Euro schweren Abwehrschirm gegen die hohen Energiepreise. Nach Verhandlungen zwischen Bund und Ländern gab es grünes Licht, um Millionen Menschen spürbar, schnell und unbürokratisch zu entlasten.

GAS- UND STROMPREISE WIRKSAM SENKEN

Schon im Dezember werden Gasverbraucher*innen mit einer Soforthilfe unterstützt. Im nächsten Jahr greift dann die Strom- und Gaspreisbremse. Für Bürger*innen, die Industrie, aber auch für Mittelstand und Handwerk werden die Energiekosten damit deutlich sinken. Gleichzeitig ist die Energiepreisbremse so ausgestaltet, dass der Anreiz zum Sparen bestehen bleibt und eine sichere Energieversorgung gewährleistet ist. Finanziert wird das auch über die Abschöpfung krisenbedingter Zufallsgewinne, die bei einigen großen Konzernen im Energiesektor anfallen.

Mieter*innen, die höhere Betriebskostenvorauszahlungen kurzfristig nicht zahlen können, erhalten Schutz vor Kündigungen. Sperrungen von Strom und Gas will die Bundesregierung verhindern, indem sie die Möglichkeit schafft, Energiekosten zu stunden.

Bereits seit Juli ist die Absenkung der EEG-Umlage in Kraft, ab Januar 2023 wird sie dauerhaft abgeschafft. Auch die zeitlich begrenzte Senkung der Umsatzsteuer auf Gas ist eine Erleichterung. Härtefallregelungen unterstützen zudem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und das Handwerk. Auch soziale Einrichtungen und Kulturbetriebe, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen profitieren davon. Sie alle sind unverzichtbar für die gesellschaftliche Teilhabe und den Zusammenhalt in unserem Land.

SCHNELLE, PASSGENAUE HILFEN:

Damit schaffen wir Entlastungen, die ankommen.

Kurzarbeitergeld: Eine der wichtigsten Maßnahmen für Beschäftigte ist die Verlängerung des Kurzarbeitergelds. Damit stellen wir sicher, dass sie auch in schwierigen Phasen nicht entlassen werden müssen.

Bürgergeld: Das vom Bundestag beschlossene Bürgergeld erneuert das soziale Versprechen in unserem Land. Die Regelsätze steigen damit auf über 500 Euro. Das ist die größte Anhebung seit der Einführung von Hartz IV. Vorrang haben nun Weiterbildung und Qualifizierung, vertrauensvolle Zusammenarbeit und Kooperation.

Kindergeld: Durch die Erhöhung des Kindergelds auf 250 Euro hat eine Familie mit drei Kindern ab Januar fast 90 Euro mehr im Monat zur Verfügung. Zusammen mit den bereits vorher verabschiedeten und ausgezahlten Maßnahmen – 100 Euro Sofortbonus, Erhöhung des Kinderfreibetrags, dauerhafte Erhöhung des Kindersofortzuschlags für Familien mit geringem Einkommen – haben wir ein großes Paket geschnürt, das Familien langfristig und verlässlich unterstützt.

Wohngeld: Die Ausweitung des Wohngelds und verbesserte Leistungen kommen zukünftig rund zwei Millionen Haushalten mit niedrigem Einkommen zugute – das sind mehr als drei Mal so viele wie bisher. Der Zuschuss kann bis zu 540 Euro betragen.

Heizkostenzuschuss: Zudem wird ein zweiter Heizkostenzuschuss gezielt an Bürger*innen ausgezahlt, die Wohngeld, BAföG, Meister-BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen. Rentner*innen erhalten im Dezember eine Energiepauschale in Höhe von 300 Euro.

49-Euro-Ticket: Das 49-Euro-Ticket entlastet Millionen Bürger*innen bei den Verkehrskosten, ein riesiger Schritt zu einem attraktiven Nahverkehr für alle.

BAföG-Reform: Mit der größten BAföG-Novelle, die es je gab, erhalten mehr Studierende mehr Unterstützung als bisher. Zudem bekommen sie und Fachschüler*innen eine einmalige Sonderzahlung von 200 Euro. Für alle, die im nächsten Jahr volljährig werden, kommt obendrauf der Kulturpass mit einem 200-Euro-Budget.

RAUS AUS DER ENERGIEABHÄNGIGKEIT

Energiepolitisch hat sich Deutschland in den vergangenen Jahren auf fatale Weise in die Hände Russlands begeben. Den Preis dafür zahlen wir heute. Unsere Abhängigkeit von Russlands fossilen Energien nutzt Wladimir Putin als Waffe. Deutschland und Europa müssen die Konsequenzen aus dieser verfehlten Politik ziehen. Das erfordert, unsere Energieimporte deutlich stärker zu diversifizieren, Energie einzusparen und die Kapazitäten an anderer Stelle zu erhöhen. Damit hat das Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck direkt nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar begonnen. Zusammen mit alternativen Gasimporten und unseren Einsparungen ist es uns gelungen, die Gasspeicher komplett aufzufüllen.

Sehr schnell wird jetzt der Bau von Flüssiggasterminals (LNG) umgesetzt, fünf schwimmende Terminals wurden bereits angemietet. Zwei Schiffe stehen schon in diesem Jahr zur Verfügung. Die Infrastruktur der LNG-Terminals wird von Beginn an auf die künftige Verwendung mit Wasserstoff ausgerichtet sein. Wir wollen nicht nur beim Gas unabhängiger werden. Die Bundesregierung will bis Ende des Jahres 2022 auch den Import von russischem Rohöl komplett beenden, zusätzlich zu weiteren Sanktionen gegen Russland. Dafür wird der Rostocker Hafen für Ölimporte ertüchtigt. Außerdem führt die Bundesregierung Gespräche, unter anderem mit Polen und Kasachstan, über zusätzliche Öllieferungen in die PCK Raffinerie in Schwedt.

EFFIZIENZ UND ERNEUERBARE PUSHEN

Es sind aber weitere Anstrengungen erforderlich. Das größte Potenzial liegt bei der Energieeinsparung und -effizienz, bei den Gebäuden, in der Industrie wie auch bei den privaten Haushalten. Die Ampelkoalition wird daher ein Energieeffizienzgesetz auf den Weg bringen. Darin sollen konkrete Ziele für 2030, 2040 und 2045 und ein klarer übergeordneter rechtlicher Rahmen für die Effizienzsteigerung verankert werden. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien besteht extremer Nachholbedarf. Im Eiltempo hat die Ampelkoalition dazu ein historisches Paket von zehn Gesetzen verabschiedet. Es enthält die umfassendste Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes seit 20 Jahren sowie ambitionierte Ausbauziele und Vereinfachungen für die Nutzung von Wind und Sonne. Doch damit nicht genug: Mit der Novelle des Energiesicherheitsgesetzes (Ensis 3.0) zünden wir einen Booster für die Stromproduktion aus Sonne und Biomasse. Um hier noch weiter voranzukommen, müssen wir aber unsere Koalitionspartnerinnen überzeugen. Die Abstandsgebote für Windkraftanlagen, die in Ortschaften einen Mindestabstand vom Zehnfachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden verlangen, gehören in dieser Form abgeschafft. Nicht zuletzt müssen der Ausbau der erneuerbaren Energien und der des Stromnetzes Hand in Hand gehen.

KOHLE ALS KURZFRISTIGE RESERVE

Der Angriffskrieg Russlands zwingt uns, manch bittere Pille zu schlucken. Zum Beispiel auch, Kohlekraftwerke wieder ans Netz zu holen und sie bis 2024 in der Netzreserve zu halten. Mit mehr Kohlekraftwerken in der Stromproduktion kann die Stromerzeugung aus Gas vorübergehend verringert werden. Das ist notwendig und wirksam, um kurzfristig die Versorgungssicherheit zu stärken. Nichtsdestotrotz handeln wir entschieden mit Blick auf die Klimakrise: Mit dem Energieversorger RWE wurde ein deutlich früherer Ausstieg aus der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier zum Jahr 2030 vereinbart. Dies muss auch Ziellinie für einen bundesweiten Kohleausstieg sein.

DER AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT STEHT

Um die Netzstabilität im Strombereich zu sichern, werden die drei verbliebenen Atomkraftwerke – zeitlich eng begrenzt – weiterbetrieben. Grund hierfür sind der schlechte Zustand vieler französischer AKWs und das unzureichend ausgebaute Stromnetz, insbesondere in Bayern. Die letzten AKWs werden jedoch spätestens zum 15. April 2023 den Leistungsbetrieb einstellen und damit auch nicht noch mehr Atommüll produzieren. Es werden keine Brennstäbe mehr angeschafft. Damit wird der Atomausstieg Deutschlands, wie wir Grüne ihn gefordert haben, endgültig besiegelt. Für den Winter 2023/24 werden ausreichend Energiealternativen zur Verfügung stehen und unsere Energieversorgung gewährleisten. Damit erübrigt sich auch der Einsatz dieser teuersten und hochrisikoreichen Energieform.

GEMEINSAM AUS DER KRISE

Putins Angriffskrieg ist nicht nur eine Existenzfrage für die Ukraine. Er ist auch für Deutschland und Europa eine große Herausforderung und stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Selbstverständlich sind vor allem die politischen Entscheidungsträger*innen in der Pflicht, adäquate Antworten zu geben und Hilfen bereitzustellen. Aber bewältigen können wir die Krise nur gemeinsam, mit allen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, Sozial- und Verbraucherverbänden. Auch für unsere Demokratie und die demokratischen Entscheidungsstrukturen ist diese Krise eine Bewährungsprobe. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, gerade jetzt für unsere Werte zu kämpfen und für die Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung einzustehen, für Demokratie, Meinungsfreiheit und gesellschaftliche Pluralität.

www.gruene-bundestag.de/energie





Foto: St. Kaminski

PHILIP KRÄMER
Stellv. Vorsitz im Sportausschuss

BORIS MIJATOVIĆ
Sprecher für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Im Gespräch

FIFA IM ABSEITS

Philip Krämer und Boris Mijatović über die Lehren aus der Fußball-WM in Katar

In wenigen Tagen geht die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Katar zu Ende. Sie stand wegen der dortigen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Arbeitsmigrant*innen, Frauen oder LSBTIQ*-Personen massiv in der Kritik. Die Auswahl Katars durch den Weltfußballverband FIFA war 2010 zudem von Korruption begleitet. Das soll in Zukunft anders werden. Wie? Das erklären Boris Mijatović, Leiter der AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe der grünen Bundestagsfraktion, und Philip Krämer, stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses im Deutschen Bundestag.

profil:GRÜN: *Ihr seid beide große Fußballfans. Guckt ihr euch die Spiele der Männer-WM in Katar an?*

Philip: Ich bin eher im Vereinsfußball unterwegs. Welt- oder Europameisterschaften waren deshalb für mich nie die Highlights. Aber ich schaue die WM – zum Beispiel gemeinsam mit Menschen aus anderen Teilnehmerländern hier in den Botschaften in Berlin. Die Begegnungen mit unterschiedlichen Nationen bei so einem Turnier finde ich nach wie vor sehr reizvoll.

Boris: Das ist bei mir ganz anders. Für mich hat das ganze Fußballleben mit der WM 1982 in Spanien angefangen. Da war ich acht Jahre alt. Eine Weltmeisterschaft war für mich immer der Höhepunkt der Saison – bis zur WM 2018 in Russland. Da habe ich aufgehört, Panini-Bildchen zu sammeln. Jetzt habe ich mich persönlich entschieden, die WM zu boykottieren. Das wird ja nicht besser.

Ihr wart beide als Politiker vor der WM in Doha. Welche Eindrücke habt ihr vor Ort gewonnen?

Philip: Ich möchte drei Schlaglichter nennen. Erstens sind wir mit Sicherheitsgarantien für homosexuelle Fans zurückgekommen. Das zeigt schon die Absurdität dieser WM-Vergabe: Bis 17 Tage vor Anpfiff war die Sicherheit der Fans vor Ort nicht geklärt! Zweitens haben wir FIFA-Präsident Gianni Infantino getroffen, der sich im Anschluss geweigert hat, mit uns vor die Medien zu treten. Das zeigt das problematische Verhältnis der FIFA zur Pressefreiheit. Drittens durften wir uns als hochrangige Delegation, unter anderem mit dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) und der deutschen Innenministerin, kein einziges WM-Stadion ansehen. Wir sind im modernen Fußball

an einem Punkt angelangt, wo wir diese Widersprüche nicht mehr verschweigen dürfen.

Boris: Ja, das zu thematisieren ist unsere Aufgabe. Wir haben auch eines der Wohnquartiere der Arbeitsmigrant*innen besucht: eine sogenannte „Labour City“. Dort leben eingezäunt auf etwa einem Quadratkilometer 70.000 Menschen in 4-Bett-Zimmern. Die berichteten von zwölf Stunden Arbeit am Tag, im Sommer bei 50 Grad in der Sonne, und sie müssen dann noch jeweils ein bis zwei Stunden mit dem Bus hin und zurück zur Arbeit fahren. Doch hätten sie sich organisiert, um über ihre Arbeitsbedingungen zu sprechen, hätten sie das Gesetz gebrochen.

Trotzdem soll es arbeitsrechtliche Fortschritte auf den WM-Baustellen gegeben haben.

Philip: Ja, aber die WM-Baustellen machen lediglich zwei Prozent des gesamten Bauvolumens in Katar aus. Nichtsdestotrotz war ich beeindruckt von den Konzepten der Katarer. Diese Reformen müssen nach der WM ausgeweitet werden. Wir können da Druck machen, etwa über die Außenhandelspolitik oder unsere grüne Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Luise Amtsberg.

Boris: Die neuen Arbeitsgesetze in Katar wurden erst in den vergangenen fünf, sechs Jahren verabschiedet. Die WM-Baustellen gab es da schon genauso lange. Wir müssen daher bereits bei der Vergabe solcher Sportgroßveranstaltungen verbindliche Vorgaben machen, die den Arbeits- und Menschenrechten von Anfang an und auf allen Ebenen Geltung verschaffen.

Wie können internationale Sportverbände wie die FIFA darauf verpflichtet werden?

Philip: Die FIFA hat sich selbst 2017 Richtlinien für die Umsetzung von Menschenrechten bei ihren Wettbewerben gegeben. Der Vorteil ist also, dass wir die FIFA jetzt – anders als 2010 – auf ihre eigenen Statuten festnageln können.

Boris: Der DFB-Mediendirektor Steffen Simon hat beim Fachgespräch unserer Fraktion am 8. November gesagt, die Diskussion über die Vergabe der WM nach Katar habe den Fußball verändert. Mein Eindruck aus dem Gespräch mit FIFA-Präsident Infantino war jedoch, dass er auch nur auf äußeren Druck reagiert. Die FIFA ist kein Verband, der sich aus eigener Motivation zum Verfechter von Toleranz und Respekt macht. Die schreibt das zwar aufs Plakat, muss dann aber dazu gezwungen werden, zu handeln.

Was erwartet ihr von den nationalen Sportverbänden in Deutschland?

Boris: Ich erwarte von unseren Verbänden, dass sie sich an die Spitze der Bewegung setzen. Und konkret vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), dass er die Stimmen der Sportler*innen berücksichtigt, die in der Interessenvertretung „Athleten Deutschland“ organisiert sind.

Philip: Wir sind geopolitisch an dem Punkt, wo wir Farbe bekennen müssen. Wir können nicht auf der einen Seite die westlichen Privilegien genießen und auf der anderen Seite mit Autokratien kuscheln. Das muss auch im Sport ankommen. Unsere nationalen Vertreter*innen sind in der Verantwortung, bei den internationalen Verbänden deutlich Position gegen Korruption und für Menschenrechte zu beziehen.

Boris: Ich muss jetzt mal daran erinnern: Es sind immer noch universelle Menschenrechte! Wir müssen uns auch selbst darauf verpflichten – zum Beispiel in den Lieferketten der Sportverbände strenge Standards festschreiben.

Da besteht noch Nachholbedarf?

Philip: Ja. Deshalb fordern wir verbindliche Menschenrechtskonzepte aller Spitzensportverbände in Deutschland und wollen diese künftig zur Voraussetzung für die nationale Sportförderung machen. Wir müssen als Bundesregierung hier klare Normen vorgeben, deren Einhaltung kontrollieren – und im Zweifel den Geldhahn zudrehen.

Boris: Diskussionen über Umweltschutz und Arbeitsrechte laufen bereits in den Verbänden. Der DFB hat im September einen Menschenrechtskongress veranstaltet, dabei allerdings keine Medien zugelassen. Dennoch: Ich kann als Menschenrechtspolitiker nicht immer nur schimpfen, sondern muss solche behutsamen Prozesse unterstützen. Elementare Verbesserungen lassen sich nun einmal nicht von heute auf morgen erreichen.

Philip: Ich hoffe zudem, dass sich mehr Menschen im Sport ehrenamtlich engagieren. Dass sich die Vereine und Verbände öffnen und die Vielfalt der Gesellschaft besser repräsentieren. Dann hätten wir den demokratischen Druck auch innerhalb der Strukturen im Sport – und wir als Politiker*innen müssten nicht immer nur von außen auf Versäumnisse hinweisen.

Die Special Olympics World Games 2023 oder die Fußball-EM der Männer 2024 in Deutschland sollen zu Vorreitern nachhaltiger Wettbewerbe werden. Wie?

Philip: Kommende Sportgroßveranstaltungen sollten hierzulande klimaneutral oder sogar -positiv sein. Im Positionspapier unserer Fraktion fordern wir, dass sie hohe Umweltstandards und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte berücksichtigen und die Athlet*innen und Bürger*innen einbinden. Ich finde zudem die Bedeutung für den Breitensport ganz zentral. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir mit solchen Events Menschen für den Sport begeistern, die wir bis dahin nicht erreicht haben.

Boris: Absolut! Deutschland hat 2014 den WM-Titel im Männerfußball mit einer Mannschaft gewonnen, die für Integration stand. Das hat unsere Gesellschaft zum Positionen verändert. Sport kann und soll ein Motor für Teilhabe und sozialen Fortschritt sein. Das wollen wir fördern.

Das Interview haben wir am 9. November, vor Beginn der WM in Katar, geführt. www.gruene-bundestag.de/katar

ERSTE DEUTSCHE SICHERHEITS- STRATEGIE

VON MERLE SPELLERBERG UND JÜRGEN TRITTIN

Bereits im Koalitionsvertrag hatten sich die Ampelparteien vorgenommen, eine umfassende Sicherheitsstrategie für Deutschland zu erarbeiten. Russlands Überfall auf die Ukraine und sein Wirtschaftskrieg gegen Europa haben unerwartet eine Zeitenwende ausgelöst und auf dramatische Weise die Notwendigkeit unterstrichen.

Mit Hochdruck arbeitet das Auswärtige Amt gerade an der ersten Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung. Spätestens zur Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2023 soll sie veröffentlicht werden.

Was für Deutschland ein Novum ist, ist andernorts schon lange Routine. Jede US-Administration erarbeitet alle vier Jahre ihre Sicherheitsstrategie. Im aktuellen Dokument definiert die Biden-Regierung zum Beispiel erstmals China als „dauerhaft größte Bedrohung“. Es sei das einzige Land, das „sowohl die internationale Ordnung umbauen will als auch zunehmend die Kraft dafür hat“. Auch Schweden, Finnland oder Spanien haben eigene Sicherheitsstrategien.

Grundlage für die deutsche Sicherheitsstrategie ist ein erweiterter Sicherheitsbegriff. Es braucht deutsche und europäische Antworten auf Herausforderungen von neuer Dimension und Tragweite. Das sind in jüngster Zeit die Angriffe Russlands auf die Ukraine, die auf die Revision der europäischen Ordnung hinauslaufen, ebenso wie die wachsende geopolitische Rivalität zwischen den USA und China. Mit 100 Milliarden Euro für Drohnen, Hubschrauber und Kampffjets und die Stärkung der NATO-Bündnisverteidigung, die der Deutsche Bundestag als Sondervermögen im Sommer beschlossen hat, ist es nicht getan. Eine Sicherheitsstrategie, die den Herausforderungen auf Augenhöhe begegnet, muss weit darüber hinausgehen.

Der erweiterte Sicherheitsbegriff der Strategie beruht nicht allein auf der Idee einer wertegeleiteten Realpolitik. Wer Sicherheit nur militärisch herstellen will, hat den Knall der explodierenden Nord-Stream-Pipelines nicht gehört. Sicherheit bedarf auch robuster polizeilicher und ökonomischer Instrumente, ziviler wie politischer Mittel. Sicherheit lässt sich – sieben Jahre nach dem verheerenden Terrorangriff auf den Musikclub Bataclan in Paris – nicht länger streng getrennt in den Schubladen äußere oder innere Sicherheit verwalten.

KLIMASCHUTZ IST SICHERHEITSPOLITIK

Denn es geht um „die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“, wie es Annalena Baerbock zum Auftakt der Arbeiten an der Strategie formulierte. Sicherheit, so verstanden, beruht auf drei Säulen. Sie bedeutet erstens, die Unverletzlichkeit unseres Lebens zu sichern und die Menschen vor Krieg und Gewalt zu schützen. Zweitens gilt es, die Freiheit unseres Lebens zu bewahren, damit wir so leben können, wie wir wollen. Und drittens geht es um die Grundlagen des Lebens. Klimaschutz, biologische Vielfalt, intakte Meere sind auch Sicherheitsfragen, denn die Klimakatastrophe treibt Krisen und Kriege, befördert Hunger und Staatszerfall.

FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

In der Sicherheitsstrategie wird der Ansatz einer feministischen Außenpolitik eine zentrale Rolle spielen. Sie erkennt und benennt historisch gewachsene und politisch aufrechterhaltene (Geschlechter-)Ungerechtigkeiten und will sie abbauen. Angriffe auf Frauenrechte sind weltweit an der Tagesordnung. Dort, wo Frauen – wie wir es jetzt im Iran täglich sehen – massiv unterdrückt und entrechtet werden, bleiben Menschenrechte und Demokratie auf der Strecke, werden ganze Regionen destabilisiert.

Feministische Außenpolitik ist eben mehr als die notwendige Quotierung des diplomatischen Dienstes. Sie bedeutet auch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bewegungen wie die der tapferen Frauen im Iran und die Einbindung lokaler Expert*innen in unsere außenpolitischen Entscheidungen. Dazu gehört es ebenso, den Anteil von Soldatinnen und Offizierinnen in UN-Missionen deutlich zu erhöhen. Nicht zuletzt, um sexualisierter Gewalt in Konfliktszenarien effektiver zu begegnen, auch um Frauen und Kinder besser schützen zu können.

Feministische Außenpolitik ist kein deutscher Sonderweg. Die Nationale Sicherheitsstrategie steht nicht allein, sondern wird abzustimmen sein mit dem „Strategischen Kompass“ der Europäischen Union wie dem „Strategischen Konzept 2022“ der NATO. Letzteres hebt mehrfach die UN-Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ als integrativen Bestandteil von Sicherheitspolitik hervor.

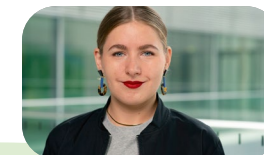
Die Nationale Sicherheitsstrategie soll bis zum Januar verabschiedet werden. Bis dahin sind viele Fragen zu klären:

- » In welchem Sicherheitsumfeld werden EU, NATO und Deutschland mittelfristig agieren? Und was können Antworten auf kommende sicherheitspolitische Herausforderungen sein?
- » Wenn die USA sich stärker nach Asien wenden, welche Sicherheitsherausforderungen muss Europa dann künftig in eigener Verantwortung schultern?
- » Welche Konsequenzen hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine für unsere Anstrengungen in der Bündnisverteidigung und künftige militärische Einsatzszenarien der Bundeswehr?
- » Die dramatischen Auswirkungen der Klima- und der Energiekrise bedrohen immer mehr Staaten des sogenannten globalen Südens. Wie gehen wir damit um?
- » Wie stellen wir sicher, dass wir auch im Angesicht von Krisen und Konflikten nicht nur reagieren? Wie stellen wir es also an, dass unsere Politik immer inklusiv und nachhaltig die Ursachen bekämpft und nicht nur das Feuer löscht?

Wenn all das auf der Agenda steht, ist es dann nicht klüger, mehr über Fähigkeiten zu sprechen als lediglich über das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, das fordert, diesen Anteil der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben? Zumal es vielleicht mittelfristig eher mehr als weniger Ausgaben für umfassende Sicherheit bedarf? Und wie stellen wir sicher, dass den Ausgaben für militärische Sicherheit im gleichen Umfang Mittel für die anderen Ziele, für Entwicklungshilfe, zivile Krisenbewältigung, Prävention und humanitäre Hilfe gegenüberstehen, so wie wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben? Diese und andere Fragen werden zwischen den Ampelpartnerinnen noch viele Diskussionen erfordern.

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Erarbeitung der Nationalen Sicherheitsstrategie in öffentlichen Fachgesprächen und im Dialog mit der Außenministerin von Anfang an begleitet. Die erste Nationale Sicherheitsstrategie muss den umfassenden Herausforderungen der Zeitenwende gerecht werden, will sie die Sicherheit unseres Lebens schützen.

www.gruene-bundestag.de/sicherheitspolitik



MERLE SPELLERBERG
Mitglied im Verteidigungsausschuss



JÜRGEN TRITTIN
Leiter der AG Außen

DER BAUMEISTER

TEXT: GISELA HÜBER, FOTO: STEFAN KAMINSKI

Der Bausektor ist eine wichtige Stellschraube für den Klimaschutz. Mit der Bauwende will Kassem Taher Saleh, Obmann im Ausschuss für Bauwesen und Wohnen, das Ding drehen.

Glencheck-Anzug, hellblaues Hemd, dunkelrandige Brille, die männliche Uniform von Politik bis Wirtschaft, an ihm sieht sie smart aus. Vor einem Jahr stand er noch als Bauleiter auf der Baustelle. Sicherheitshelm und schwere Arbeitsschuhe hat der Bauingenieur vorerst an den Nagel gehängt, jetzt lernt er Bundestag im Zeitraffer. „Nach über einem Jahr gewöhnt man sich an die Taktung, an die Schnelligkeit. Auch an die Sprache: Auf dem Bau schreit man sich morgens schon mal an und abends ist die Welt wieder in Ordnung.“ Im politischen Berlin muss man sich umstellen, er sieht es positiv: „Selten ist ein Tag wie der andere. Hier passiert unheimlich viel und in rasanter Geschwindigkeit.“

Seit ein paar Tagen ist Kassem Taher Saleh aus Singapur, von einer Informationsreise des Bundestagsausschusses für Bauwesen und Wohnen, zurück. Wie machen es andere, Gebäude effizient zu heizen oder zu kühlen und aufgeheizte Straßen zu klimatisieren? Innovativ und temporeich packt die Millionenstadt Herausforderungen wie den Klimawandel an, berichtet er. „Eine Baugenehmigung dauert wenige Wochen, bei uns braucht man dafür Jahre.“ Schon wegen der politischen Unterschiede ist das allerdings nicht so einfach übertragbar: Was dort ein Einparteiensystem verordnen kann, muss in unseren demokratischen Strukturen oft mühsam ausgehandelt werden. „Trotzdem sind unsere Planungsverfahren zu schwerfällig. Wir müssen vor allem die Digitalisierung vorantreiben“, dafür will sich der Baufachmann aus Dresden einsetzen. Wenn es nach ihm geht, soll neuer Wohnraum vor allem durch Ausbau und Aufstockung bestehender Gebäude entstehen, am besten mit Ressourcen und Materialien, die die jeweilige Region zu bieten hat. Aber wie realistisch ist diese „Bauwende“ heute, angesichts Inflation und Lieferengpässen, Materialknappheit und Energiekrise? Die gesellschaftliche Stimmung ist für manche grüne Idee gerade nicht so günstig, das ist ihm bewusst. In seinen Wahlkreisbüros in Dresden, Plauen und Görlitz und auf zahlreichen Veranstaltungen entladen sich Frust und Unverständnis vieler Bürger*innen. „Ich versuche unsere Regierungsarbeit zu erklären“, berichtet der 29-Jährige. „Wie wir die Bürger*innen bei den Energie-

kosten entlasten, warum es keine gute Idee ist, die Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Und dass man Putin nicht weiter in die Hände spielen darf. Aber es wäre gut, wenn wir Bündnisgrüne im Osten stärker wären, um gegen verfestigte Meinungen und rechte Strukturen anzukommen.“ Am Sachsen-Bashing beteiligt er sich aber nicht. „Sachsen ist vielfältig und multikulturell, es gibt eine starke Zivilgesellschaft und man muss nicht hier geboren sein, um sich für die Interessen der Menschen einzusetzen.“

Er weiß, wovon er redet. Nach der Flucht der Familie aus dem Nordirak wächst Kassem Taher Saleh im sächsischen Plauen auf. Ohne deutsche Sprachkenntnisse geht er dort ein zweites Mal in die Grundschule. Wegen seines Migrationshintergrunds muss er auch auf dem Fußballplatz einiges einstecken, doch seine Augen leuchten, wenn er von seiner Leidenschaft erzählt: „Der Fußball hat mir unheimlich viel gegeben. Da habe ich die Sprache und Disziplin gelernt. Wir haben gemeinsam gewonnen und verloren.“ Eine Schule fürs Leben, der er bis heute treu ist: „Auf dem Platz fällt alles andere von mir ab.“ Wenn Dynamo Dresden spielt oder sein alter Verein 1. FC Wacker Plauen, fiebert er mit. Natürlich ist er auch Mitglied der grünen Bundestagsfußballmannschaft, was sonst.

Zu Bündnis 90/Die Grünen kam er über die Heinrich-Böll-Stiftung, ihr Einsatz für Menschenrechte hat ihn überzeugt, sich dort um ein Stipendium zu bewerben. Es ermöglichte ihm, sich neben dem Studium im Sächsischen Flüchtlingsrat zu engagieren und eine Hochschulgruppe aufzubauen, die sich um gesellschaftlich benachteiligte Kinder kümmerte. Für das Privileg ist er dankbar. „Für andere da sein, die Gemeinschaft hochhalten, das liegt bei uns in der Familie“, sagt er mit seinem freundlichen Lächeln, „ich habe es von meinen Eltern und meine drei jüngeren Brüder sind genauso.“ Weihnachten wird der Single mit der Familie verbringen, auch wenn das christliche Weihnachten nicht ihr Fest ist. Und natürlich wird er auf den Dresdner Weihnachtsmarkt gehen. „Ich liebe gebrannte Mandeln.“ Nur für Glühwein wie generell für Alkohol hat er nichts übrig, Kinderpunsch wäre eine Option. Der Stimmung wird das keinen Abbruch tun. Sein Beitrag zu einem gelungenen Fest ist Humor, der kostet nichts und wird gerade dringend benötigt.



SPURWECHSEL IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Um geflüchteten Menschen zu helfen und ihnen eine Perspektive zu bieten, müssen alle an einem Strang ziehen. Mit fairer Finanzierung und dem neuen Chancenaufenthaltsrecht sind wir auf einem guten Weg. Bei der europäischen Solidarität bleibt allerdings noch einiges zu tun.

Foto: St. Kaminski



VON KARO OTTE, JULIAN PAHLKE UND FILIZ POLAT

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind bereits über eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Hinzu kommen dieses Jahr geschätzt 135.000 Geflüchtete aus anderen Regionen, vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und der Türkei (Stand: 9/2022). Städte und Kommunen sind in dieser Zeit einmal mehr als zentrale Akteure in der Flüchtlingspolitik gefordert. Es sind die Kommunen, die Schutzsuchende in Deutschland aufnehmen und in das gesellschaftliche Leben integrieren. Insgesamt sind sich die Kommunen einig, sie wollen helfen. Diese gesamtstaatliche Aufgabe kann aber nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Der Bund entschied daher schon im Frühjahr, sich finanziell zu beteiligen: Mit einer im Mai beschlossenen Gesetzesänderung wurden Geflüchtete aus der Ukraine anerkannten Asylbewerber*innen leistungsrechtlich gleichgestellt. Sie können Leistungen zur Grundsicherung nach dem Arbeitslosengeld II über die vom Bund finanzierten Jobcenter beantragen. Auch Hilfe zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu den gesetzlichen Krankenkassen sowie zu Sprachkursen und Weiterbildungen stehen ihnen zu. Außerdem können sie sich selbst eine Wohnung suchen, sind also nicht auf die Erstaufnahmeeinrichtungen angewiesen.

KOMMUNEN AM LIMIT

Trotz dieser willkommenen Entlastung bereitet vor allem die Unterbringung geflüchteter Menschen den Kommunen Sorgen. Die kommunalen Spitzenverbände fordern zu Recht eine Ausweitung der Aufnahmekapazitäten. Auch wenn Geflüchtete aus der Ukraine sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen können – die Chancen, tatsächlich etwas Passendes zu finden, stehen eher schlecht, denn vielerorts ist Wohnraum knapp. Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind aber oft ausgelastet, vor allem mit

Sie sind zuständig für die Integration geflüchteter Menschen (v. l. n. r.): Karo Otte, Berichterstatterin für die Kommunen, Julian Pahlke, Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat, und Filiz Polat, Parlamentarische Geschäftsführerin.



Mehr als 5.000 Menschen legten sich in Berlin am 6. April stellvertretend für die von russischen Soldaten getöteten, gefolterten und vergewaltigten Menschen auf den Boden. Foto: Murat Tueremis/laif

Geflüchteten aus anderen Regionen der Welt. Sie sind langfristig dazu verpflichtet, dort zu wohnen, auch wenn sie bei Verwandten unterkommen könnten. Wir Grüne im Bundestag setzen uns hier für pragmatische Lösungen ein. Wie den Ukrainer*innen sollte auch anderen Schutzsuchenden erlaubt sein, bei ihren Familien zu wohnen. Damit werden schnell Kapazitäten frei und Nutzungskonflikte um kommunale Einrichtungen wie Sporthallen lassen sich vermeiden.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) stellte den Ländern zur Unterbringung Geflüchteter bereits circa 350 Liegenschaften zur Verfügung – ein Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass der Bund alle geeigneten Leerstandswohnungen in seinem Besitz, das sind immerhin rund 6.500, den Ländern und Kommunen zur Verfügung stellt.

FINANZIERUNG GERECHT AUFTEILEN

Um die Hilfe für Geflüchtete zu verbessern, ist auch eine gerechte Aufteilung der Finanzierung entscheidend. Vor dem Hintergrund der Ende 2021 ausgelaufenen Regelung, nach der sich der Bund an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder und Kommunen beteiligt, wurde zuletzt um die finanzielle Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik gerungen. Im November einigten sich Bund und Länder auf einen Kompromiss, der allerdings hinter den Erwartungen vieler Länder und Kommunen zurückblieb, weil er die Pro-

bleme in der Flüchtlingsfinanzierung nicht auflöst. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte für die zwei Jahre 2022 und 2023 eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter in Höhe von 4,25 Milliarden Euro zu. Das wäre jedoch deutlich weniger als bisher, denn allein im Jahr 2021 trug der Bund noch mit 3,8 Milliarden Euro zu den Kosten bei, damals noch ohne Aufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine.

Die Finanzierungsprobleme dürfen auf keinen Fall an den Kommunen hängen bleiben und vor Ort Ressentiments gegen Geflüchtete schüren. Zukünftige Verhandlungen müssen beispielsweise durch Vorhaltepauschalen tragende Lösungen hervorbringen, auch bei kurzfristig zunehmenden Fluchtbewegungen.

GEFLÜCHTETE GLEICHBEHANDELN

So wichtig die verstärkten Anstrengungen zur Integration der Ukrainer*innen sind: Wir müssen verhindern, dass es zu einer Zweiklassengesellschaft bei Geflüchteten kommt. Die Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt, die für Ukrainer*innen durch die gesetzliche Neuregelung grundlegend verbessert wurden, müssen auch für Geflüchtete aus anderen Regionen vorangetrieben werden. Das würde vielfach auch die Wirtschaft vor Ort entlasten, die händeringend nach Arbeitskräften sucht. Dazu kann das kommende Chancenaufenthaltsrecht beitragen.

DAS NEUE CHANCENAUFENTHALTSRECHT: EIN MEILENSTEIN DER MIGRATIONSPOLITIK

Das Chancenaufenthaltsrecht wird die Lebenssituation vieler Geflüchteter grundlegend verbessern. Menschen, die kein Asyl erhalten haben, aber seit Jahren „geduldet“ hier leben, eröffnen wir damit ein Recht auf Zukunft in Deutschland. Sie profitieren von dem Spurwechsel in der Migrationspolitik, den wir Grüne durchsetzen konnten.

Zugleich gewinnt unser Land dadurch neue, motivierte Arbeitskräfte. Viele Branchen und insbesondere Handwerksbetriebe fordern unter dem Motto „Ausbildung statt Abschiebung“ einfachere Wege in ein Aufenthaltsrecht. Dem kommen wir mit dem Chancenaufenthaltsrecht endlich nach. Das unwürdige System der Kettenduldung, das die Menschen ohne Perspektive belässt, schaffen wir ab.

Ein Meilenstein gegenüber der bisherigen Praxis: 240.000 Menschen leben hier aktuell mit einer sogenannten Duldung und somit ohne gültige Aufenthaltserlaubnis, rund 130.000 von ihnen bereits seit über fünf Jahren. Für diese Personen bedeutet das häufig: kein Zugang zum Arbeitsmarkt und zu bundesfinanzierten Sprachkursen sowie ständige Unsicherheit. Wir Grüne wollen, dass alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt und sicher gestalten können. Das gilt sowohl für Schutzsuchende, die vor kurzer Zeit hier angekommen sind, als auch für geduldete Menschen.

PERSPEKTIVE STATT DULDUNG

In eine Duldung gelangen Menschen zum Beispiel durch einen abgelehnten Asylantrag oder den Verlust ihrer Arbeit bei einem Arbeitsvisum. Kinder werden in eine Duldung hineingeboren, denn sie „erben“ den Aufenthaltsstatus ihrer Eltern. Viele Afghan*innen leben mit einem abgelehnten Asylbescheid, aber einer Duldung in Deutschland. Denn eine Ablehnung hat nicht zwangsläufig eine Abschiebung zur Folge, etwa dann, wenn im Herkunftsland Gefahr droht. Asylanträge von Afghan*innen wurden in der Vergangenheit häufig abgelehnt – schließlich galt Afghanistan noch bis zur Übernahme der Taliban als „sicheres Herkunftsland“. Die für die Abschiebungen zuständigen Länder sahen das jedoch berechtigterweise in der Regel anders.

Diese Menschen leben allerdings nicht in Sicherheit, denn eine Duldung schützt meist nur drei Monate vor Abschiebung. Danach wird eine erneute Duldung geprüft. Dieser entwürdigenden Praxis der Kettenduldung, die eine sichere Lebensplanung und oft auch die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft verhindert, stellen wir nun eine neue Perspektive entgegen: Mit dem Chancenaufenthaltsrecht erhalten geduldete Personen, die seit fünf Jahren straffrei in Deutschland leben, ein Aufenthaltsrecht für ein Jahr. Sie bekommen die Chance, in dieser Zeit die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis auf Dauer zu erbringen. Wir wollen darauf hinwirken, das Chancenaufenthaltsrecht flexibler und individueller auszugestalten, sodass möglichst viele Menschen davon profitieren.

EUROPÄISCHES ASYLSYSTEM REFORMIEREN

Dieser Paradigmenwechsel in der deutschen Asylpolitik ist richtig und notwendig, doch Fortschritte auf nationaler Ebene reichen nicht aus. Es braucht europäische Lösungen. Die Städte und Gemeinden fordern auch im Zuge der aktuellen Fluchtbewegung einen gerechten Verteilungsschlüssel, an den sich die EU-Länder halten. In der EU gibt es schon lange heftigen Streit über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), so war es insbesondere auch im Jahr 2020. Damals kam es zu einer völligen Blockade. Auch die deutsche Ratspräsidentschaft konnte daran nichts ändern.

Jetzt haben wir 2022, und die GEAS-Verhandlungen wurden wieder aufgenommen, da schießt Italiens ultrarechte Regierung unter Ministerpräsidentin Meloni quer. Erneut wird Seenotrettungsschiffen die Einfahrt in italienische Häfen verweigert. Doch Lösungen sind zum Greifen nahe. Im Juni 2022 einigten sich fast 20 Mitgliedstaaten auf einen „freiwilligen Solidaritätsmechanismus“. Er beinhaltet die Umverteilung von 10.000 Menschen aus Italien, Malta, Spanien, Griechenland und Zypern in aufnahmebereite Länder. Deutschland hat zugesagt, 3.500 Menschen aufzunehmen. Dieser Mechanismus ist ein erster Erfolg. Er vereint mehr als 20 Staaten in dem Ziel, europäische Solidarität zu üben. Er zeigt, dass Solidarität in Europa sich nicht im Entsenden von Frontex-Einheiten erschöpfen muss, sondern Flüchtenden legale Wege eröffnen kann.

Perfekt ist der Solidaritätsmechanismus noch lange nicht. Es gibt weiterhin viel zu tun. Ziel ist ein Verteilungssystem, das die Bedürfnisse von Menschen auf der Flucht berücksichtigt und zugleich für eine faire Verteilung in Europa sorgt. Es sollte mit einem Matchingverfahren ausgestattet sein, das ermittelt, wie die Bedürfnisse der Geflüchteten und die Ressourcen der aufnehmenden Länder in Einklang zu bringen sind. Über einen Matchingmechanismus wird zudem die kommunale Ebene einbezogen, die zentral für die Aufnahme ist. Die Chance, einen solchen Verteilmechanismus zu schaffen, gilt es jetzt in der Ampelregierung zu nutzen.

EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT IST GEFRAGT

Auf dem Weg zu einer solidarischen Asylpolitik liegt noch eine Wegstrecke vor uns. Die verstärkte Kontrolle der Binnengrenzen und Maßnahmen zur Abschottung führen auf falsche Gleis, das sieht auch der Europäische Gerichtshof so. Ob bei der Anlandung von Schiffen in Italien, der Versorgung von Geflüchteten in Griechenland oder den Fluchtbewegungen über die sogenannte Balkanroute, überall ist praktische europäische Solidarität gefragt: Unterstützung bei der menschenwürdigen Unterbringung vor Ort, Zugang zu fairen Asylverfahren und faire europäische Verteilung. Als Grüne bemühen wir uns darum, die Herausforderungen zu meistern. Die gute Arbeit, die wir bereits begonnen haben, wollen wir auch auf europäischer Ebene zu Erfolgen führen.

www.gruene-bundestag.de/flucht

Berichte aus den FACHBEREICHEN

Fachbereich

1 WIRTSCHAFT & SOZIALES



Soziales: **DAS BÜRGERGELD KOMMT**

Das Bürgergeld steht für den Vorrang von Weiterbildung und Qualifizierung, für vertrauensvolle Zusammenarbeit und für Kooperation. Es steht damit für eine klare Kurskorrektur in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die für Millionen Menschen in Zeiten großer Unruhe Sicherheit und Perspektiven schafft. Unser Ziel ist eine zügige Entlastung: Wir berücksichtigen die Inflation bei der Anpassung der Regelsätze zukünftig stärker; in der Folge können sie deutlich steigen. Wir setzen auf individuelle Förderung und Beratung und auf eine echte Qualifizierungsoffensive: Mit dem Bürgergeld wird es so viele Anreize zur Weiterbildung geben wie noch nie! Die verbesserten Regeln für Hinzuverdienst sorgen zudem dafür, dass es sich finanziell immer lohnt, arbeiten zu gehen oder mehr zu arbeiten. All dies verbinden wir mit einem neuen Miteinander: Vertrauen zwischen Leistungsbeziehenden und Jobcentern soll die Zusammenarbeit prägen, damit der Weg (zurück) in die Arbeitswelt auf Augenhöhe und nachhaltig gelingt.

www.gruene-bundestag.de/buergergeld

Haushalt:

ENTSCHLOSSEN GEGEN DIE KRISEN

Mit dem Haushalt 2023 setzen wir Prioritäten: Wir investieren in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt – in Deutschland und der Welt. Mit zusätzlichen zwei Milliarden Euro stärken wir den Kampf gegen den Hunger, bauen die humanitäre Hilfe und die zivile Krisenprävention aus, finanzieren über ein Bundesaufnahmeprogramm die Aufnahme gefährdeter Menschen aus Afghanistan und stärken die Aufnahme über Resettlement-Programme, also die Neuansiedlung bereits vom UNHCR anerkannter, besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge.

Der Klimakrise treten wir entschlossen entgegen. Wir stärken wichtige Programme wie die Effizienzberatung oder die internationale Klimainitiative. Außerdem erweitern wir die Investitionen in den Schienenverkehr um 1,5 Milliarden Euro. Das Bürgergeld, die Erhöhung des Kindergeldes, die Hilfe bei den Heizkosten finden sich nun im Haushalt wieder. Die Hilfen zur Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt erhöhen wir um 300 Millionen Euro. Als Parlament haben wir zudem eine Lösung für die Übergangsförderung der Sprach-Kitas geschaffen.

www.gruene-bundestag.de/haushalt

Fachbereich

2 ÖKOLOGIE

Ländliche Räume: **GUTES LEBEN, ÜBERALL**

Bund und Länder haben das für die Strukturpolitik zentrale Förderinstrument, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW), grundlegend überarbeitet und endlich zeitgemäß aufgestellt: Regionale Wertschöpfung, Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft, Aspekte guter Arbeit wie auch die regionale Daseinsvorsorge werden nun berücksichtigt. Das ebnet den Weg, die Potenziale sogenannter strukturschwacher Regionen effektiver zu heben: ein entscheidender Schritt zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

www.gruene-bundestag.de/laendliche-raeume

Ökologie: **DIE WASSERPOLITIK WIRD GRÜN**

Gemeinsam mit dem Umweltministerium arbeiten wir an einer Wasserpolitik aus einem Guss. Die neue Nationale Wasserstrategie greift sämtliche Felder der Wasserwirtschaft wie auch des Grundwasserschutzes und des Landschaftswasserhaushaltes auf. Sie geht Hand in Hand mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und der Nationalen Moorschutzstrategie. So können gleichzeitig wertvolle Lebensräume gesichert, das Klima geschützt und der Wasserhaushalt stabilisiert werden. Mit einer Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes sorgen wir außerdem dafür, dass künftig in Städten viele weitere öffentlich zugängliche Brunnen geschaffen werden – gegen Hitzewellen, für die Gesundheit und den Ressourcenschutz.

www.gruene-bundestag.de/umwelt

Bauen und Wohnen: **WIR ENTLASTEN MIETER*INNEN**

Die steigenden Wohn- und Energiekosten belasten gerade Bürger*innen mit kleinem Einkommen stark. Um sie zu entlasten, weiten wir beim Wohngeld den Empfängerkreis auf zwei Millionen Haushalte aus, passen die Wohngeldhöhe an die Preissteigerung an und erhöhen die Heizkostenkomponente. Das Kohlendioxidkostenaufteilungsgesetz schafft endlich eine faire Aufteilung des CO₂-Preises zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen und sorgt für eine sozial gerechte und klimagerechte Verteilung der Kosten. Der zweite Heizkostenzuschuss entlastet zudem Empfänger*innen von Wohngeld mit einer Einmalzahlung von mindestens 415 Euro und Bezieher*innen von BAFöG, Meister-BAFöG, Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld mit 345 Euro.

www.gruene-bundestag.de/bauen-wohnen-stadtentwicklung

Fachbereich

3 DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Antisemitismus: **ERINNERN HEIßT HANDELN**

„Antisemitismus bekämpfen – Erinnern heißt handeln“, lautete der Titel einer vereinbarten Debatte im Bundestag am 9. November 2022. Das Datum steht nicht nur symbolisch für die antisemitische Gewalt, die sich im November 1938 planvoll auf deutschen Straßen entladen hat. Es steht auch für die systematisch durchgeführte Vernichtung jüdischen Lebens.

Dass es heute eine Erinnerungskultur gibt, wurde hart gegen geschichtspolitische Widerstände erkämpft. Es ist unsere Aufgabe, den ursprünglichen Impuls am Leben zu halten. Es gilt, Antisemitismus in seinen zahlreichen gegenwärtigen Erscheinungsformen konsequent zu bekämpfen.

Wir sind dabei, das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus kontinuierlich strukturell zu stärken, ebenso die hier engagierte Zivilgesellschaft.

Dabei ist insbesondere das geplante Demokratiefördergesetz ein wichtiges Instrument. Wir wollen Projekte verlässlich unterstützen, die Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen. Auch die Gefahr von verschwörungsideologisch motiviertem Antisemitismus nehmen wir in den Blick und erarbeiten gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsexpert*innen Strategien dagegen.

www.gruene-bundestag.de/rechtsextremismus



Rechtspolitik: **WHISTLEBLOWER*INNEN EFFEKTIV SCHÜTZEN**

Menschen, die Missstände in Unternehmen oder Behörden aufdecken, in denen sie arbeiten, müssen häufig Repressalien oder gar Strafverfolgung fürchten. Dabei besteht ein großes öffentliches Interesse daran, dass diese Informationen bekannt werden. Whistleblower*innen können durch ihre Hinweise dafür sorgen, dass Rechtsverstöße untersucht und behoben werden. Die EU hat 2019 eine Richtlinie zum Schutz von Whistleblower*innen erlassen. Die wollen wir engagiert für Deutschland umsetzen. Der Gesetzentwurf der Ampelkoalition geht über die Vorgaben der Richtlinie hinaus: Er erfasst nicht nur die Meldung von Verstößen gegen das EU-Recht, sondern auch gegen nationale Vorschriften, wenn diese straf- oder bußgeldbewehrt sind oder bestimmte Bereiche betreffen, wie zum Beispiel den Umwelt- und Verbraucherschutz oder die Lebensmittelsicherheit. Derzeit läuft noch das parlamentarische Verfahren.

www.gruene-bundestag.de/whistleblower

Fachbereich

4 INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik:

WIR STÄRKEN DIE RECHTE DES PARLAMENTS IN DER EU-AUßENPOLITIK



Die grüne Bundestagsfraktion hat am 26. Oktober 2022 vor dem Bundesverfassungsgericht eine erhebliche Stärkung der Informationsrechte des Bundestags errungen. Damit können wir jetzt das Ziel unseres Koalitionsvertrags, die Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestags zu verbessern, mit Rückenwind umsetzen.

In seiner Grundsatzentscheidung hat Karlsruhe unserer Verfassungsklage aus dem Jahr 2015 auf ganzer Linie recht gegeben. Die damalige Bundesregierung hätte den Bundestag über den Entwurf eines Krisenmanagementkonzepts für die Militäroperation Sophia zur Seenotrettung und Bekämpfung von Schleuserkriminalität im Mittelmeer informieren müssen. Jetzt ist klargestellt, dass im Bereich

der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der verfassungsrechtliche Informations- und Beteiligungsanspruch des Bundestags aus Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes ebenso umfassend besteht wie in allen anderen Politikfeldern der EU. Auch in der GASP muss der Bundestag der Ort informierter öffentlicher Debatte sein. Ohne vorherige Beteiligung des Bundestags darf die Bundesregierung keine konkreten EU-Initiativen ergreifen oder an Beschlussfassungen mitwirken.

Der verfassungsrechtliche Informationsanspruch des Parlaments erfordert auch in Fragen der GASP und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) umfassende Information zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Hierzu gehört die Bereitstellung aller notwendigen formellen, aber auch informellen Dokumente – und zwar für alle Abgeordneten. Die Bundesregierung hat eine klare Bringschuld. Wenn sie Informationen etwa aus Gründen des Staatswohls nicht oder aus Gründen des Geheimnisses nur eingeschränkt übermittelt, muss sie das in jedem Einzelfall nachvollziehbar und klar begründen.

Wir werden uns, auch zur Umsetzung des Koalitionsvertrags, dafür einsetzen, dass sich die nunmehr gestärkten Parlamentsrechte schnell in der Praxis niederschlagen. Zudem werden wir eine Reform des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBVG) für mehr Rechtsklarheit anstoßen, die dem Urteil Rechnung trägt.

www.gruene-bundestag.de/europa



Fachbereich

5 ZUSAMMENLEBEN, WISSEN, GESUNDHEIT

Kultur: DER KULTURPASS KOMMT

Zwei Jahre lang mussten junge Menschen während der Coronapandemie auf (Live-)Kultur verzichten. Der Kulturpass soll nun dafür entschädigen. Ähnlich wie in Frankreich wird er einen Wert von 200 Euro haben und ab dem zweiten Quartal 2023 über eine App-basierte Plattform an Jugendliche ausgegeben, die im kommenden Jahr 18 Jahre alt werden. Das Geld kann für Live-Kultur, etwa Theater-, Kino- oder Konzertbesuche, sowie bei lokalen Anbietern wie Buchhandlungen oder Plattenläden verwendet werden. So haben nicht nur junge Menschen die Gelegenheit, versäumte Erlebnisse nachzuholen. Auch die durch die Pandemie gebeutelte Kulturbranche wird mit diesem Angebot unterstützt und gestärkt.

www.gruene-bundestag.de/kultur

Jugend & Demokratie:

AB 16 WÄHLEN: JETZT AUCH IN EUROPA!

Der Bundestag hat dem Antrag der Ampelkoalition zur Änderung des Europawahlrechts zugestimmt. Das aktive Wahlalter für Wahlen zum Europäischen Parlament wird von bisher 18 auf 16 Jahre gesenkt, erstmals bei der nächsten Europawahl im Mai 2024. So sorgen wir als Grüne im Bundestag für echte Generationengerechtigkeit, mit der junge Menschen ihre Interessen einbringen können. Das Leben der jungen Generation wird von den Entscheidungen geprägt, die aktuell gefällt werden. Daher wollen wir, dass die Stimme der Jugend früher im politischen Diskurs Gehör findet. Inzwischen gilt in sechs Bundesländern eine entsprechend niedrige Altersgrenze bei Landtagswahlen. Bei den Kommunalwahlen gilt sie bereits in elf Bundesländern.

www.gruene-bundestag.de/jugend

Gesundheit: PATIENTENBERATUNG WIRD REFORMIERT

Seit mehr als 20 Jahren gibt es die Unabhängige Patientenberatung (UPD). Sie unterstützt Versicherte bei medizinischen und krankensicherungsrechtlichen Fragen. Zunächst wurde sie von Patientenstellen, Verbraucherorganisationen und Sozialverbänden getragen. Seit 2016 wird sie von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen betrieben und ganz überwiegend telefonisch oder über das Internet angeboten. Dadurch entstanden Zweifel an der Unabhängigkeit der Beratung. Auch der Zugang für ältere und chronisch kranke Versicherte wurde erschwert. Jetzt soll die UPD neu aufgestellt und in die Trägerschaft einer unabhängigen Stiftung überführt werden. Auch die Mittel werden aufgestockt. Der entsprechende Gesetzentwurf wird im Januar in den Bundestag eingebracht. 2024 soll die neue UPD starten.

www.gruene-bundestag.de/gesundheits



Foto: St. Kaminski

Konferenz:

STRATEGIEN GEGEN VERSCHWÖRUNGS-IDEOLOGIEN UND DESINFORMATION

Gesellschaftliche Krisen und Zeiten der Unsicherheit sind immer ein Nährboden für Fake News und krude Verschwörungsideologien. Ziel unserer Konferenz am 18. November mit etwa 300 Gästen im Paul-Löbe-Haus war es, Gegenstrategien zu entwickeln, um unsere Demokratie vor dieser ernstesten Gefahr zu schützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Besonderer Fokus lag auf den Social-Media-Plattformen, die Meinungs austausch in bisher unbekanntem Ausmaß ermöglichen – und dabei zugleich wie ein Brandbeschleuniger für krude Theorien, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Desinformation funktionieren. Die Netzexpertin Marina Weisband und der Technologieberater Ben Scott lieferten wichtige Impulse für die Analyse dieses Phänomens. Klar ist: Wir brauchen nationale wie internationale Regulierung, die die Anbieter zu mehr Verantwortungsübernahme zwingt. Über staatliche Abwehrmaßnahmen diskutierte dagegen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Konstantin von Notz mit Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Mit dabei auf dem Podium, in Vorträgen und Workshops waren außerdem die Sprecherin der AG Inneres und Heimat Lamya Kaddor, die Autorin Katharina Nocun, Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung sowie viele weitere Abgeordnete und Fachleute. Hier geht es zum Stream:

www.gruene-bundestag.de/verschwuerungsideologien

Parlamentarischer Abend:

FEMINISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Feministische Wirtschaftspolitik ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein entscheidender Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sei es mit Blick auf Steuergerechtigkeit, die Fachkräftefrage oder Karrierechancen: Das Leben von Frauen ist durch das gegenwärtige Wirtschaftssystem immer noch beeinträchtigt. Aber auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ohne Frauen läuft in der Wirtschaft nichts! Knapp 70 Frauen verschiedener Branchen und Positionen – Kassiererinnen, CEOs, Gründerinnen, Betriebsrätinnen und Vertreterinnen aus der Care-Arbeit – diskutierten darüber am 10. Oktober im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags mit der grünen Bundestagsfraktion. Mit dabei waren unter anderem Bundesministerin Lisa Paus, die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Yasmin Fahimi, die Managerin Simone Menne, Unternehmerin Tijen Onaran, die grünen Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge und Britta Haßelmann sowie zahlreiche weibliche Abgeordnete. Ihr Versprechen: Die grüne Bundestagsfraktion packt das Thema an, sei es im Hinblick auf Steuer- und Finanzpolitik, bessere Vereinbarkeit von Care- und Erwerbsarbeit oder eine ganzheitliche, sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftspolitik.

www.gruene-bundestag.de/feministische-wirtschaft



Foto: P. Wegener

Sozialpolitik:

NEUER GEWERKSCHAFTS- UND SOZIALBEIRAT GEGRÜNDET

Diese Plattform für den Austausch von grüner Politik mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Wissenschaftler*innen hatte sich bereits in der 19. Wahlperiode bewährt und wird nun erneut etabliert. Der Beirat trifft sich drei bis vier Mal jährlich, um aktuelle sozialpolitische Fragen zu debattieren.

Mit der Koordination des Beirats wurden die Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Berichterstatterin für Arbeitnehmer*innenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik, und Stephanie Aeffner, Berichterstatterin für Sozialpolitik, beauftragt.

www.gruene-bundestag.de/sozialbeirat



Foto: St. Kaminski

WIR TRAUERN UM

WERNER SCHULZ

(1950–2022)

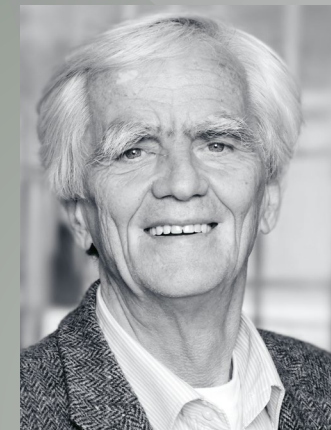
Am 9. November starb völlig unerwartet Werner Schulz. Sein plötzlicher Tod hat uns schockiert und betrübt. Werner Schulz war von 1990 bis 2005 Mitglied des Bundestags, Sprecher der Bundestagsgruppe von 1990 bis 1994, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion von 1994 bis 1998, Sprecher für Wirtschaftspolitik und die Angelegenheiten der neuen Bundesländer von 1998 bis 2005. Er war ein leidenschaftlicher Parlamentarier und mitreißender Redner, der nicht müde wurde, für die Demokratie und bündnisgrüne Werte in Deutschland und Europa zu streiten. Seine politischen Wurzeln lagen in der Bürgerrechtsbewegung der DDR. Zusammen mit anderen gründete er Bündnis 90, das sich dann 1993 mit den damaligen Grünen zu Bündnis 90/Die Grünen zusammenschloss. In seinem Einsatz für Osteuropa war er schon früh hellichtig gegenüber Putins Politik. Werner Schulz war ein mutiger und aufrechter, durch und durch politischer Mensch, den wir nun sehr vermissen. Seine Verdienste bleiben.



HANS-CHRISTIAN STRÖBELE

(1939–2022)

Am 29. August starb Hans-Christian Ströbele. Sein Tod hat in der grünen Bundestagsfraktion Bestürzung und Trauer ausgelöst. In den 21 Jahren seiner Bundestagsmandate von 1985 bis 1987 und 1998 bis 2017 hat er mit seinem unermüdlichen Kampf für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte die grüne Fraktion und die Politik in Deutschland entscheidend mitgeprägt. Unvergessen auch seine Verdienste um akribische Aufklärung in fünf Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestags. Und er war 2002 der erste direkt gewählte grüne Abgeordnete. Ein einzigartiger Erfolg, den er danach noch drei Mal wiederholte. Er war vielen Menschen ein Vorbild für aufrichtige und gradlinige Politik, denn er folgte immer seinem Gewissen. Er wird uns fehlen – als Politiker und als Mensch. Wir behalten ihn in dankbarer und ehrender Erinnerung.



Fotos: St. Kaminski

TERMINE

EXTREMWETTER

Online-Fachgespräch
am 17.1.2023 zum Thema
Bevölkerungsschutz
FB 3-Koordination, TEL 030/227 58900
fachbereich3@gruene-bundestag.de

BAUEN DER ZUKUNFT

Online-Fachgesprächsreihe
Teil 2 am 6.2.2023:
„Wie betreiben wir Gebäude?
Hightech vs. Lowtech“
Teil 3 am 15.3.2023:
„Heute Abfall, morgen Baumaterial?
Kreisläufe schließen“
FB 2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@gruene-bundestag.de

FÜR EINE KLIMANEUTRALE DIGITALE ZUKUNFT

Konferenz am 10.3.2023 in Berlin
FB 3-Koordination, TEL 030/227 58900
fachbereich3@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:
www.gruene-bundestag.de/termine
sowie über unsere Newsletter

PUBLIKATIONEN

FLYER

20|09 Bürgerenergie
20|06 Volle Energie für
Erneuerbare

BROSCHÜRE

20|08 Stark wie nie – Die grüne
Fraktion im 20. Deutschen
Bundestag
20|08e Stronger than ever –
The Green group in the 20th
German Bundestag

READER

20|10 Das gute Leben auf dem
Land (*nur online: gruene-bundestag.de/landleben*)

Mehr unter:
[www.gruene-bundestag.de/
publikationen](http://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der
Bundestagsfraktion. Sie erscheint
vier Mal im Jahr und kann unter oben
stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE


Tagesaktuell, parlamentarische Initia-
tiven, Bundestagsreden, Videos und
Newsletter auf:

● gruene-bundestag.de

Kommentare, Ideen und Fragen
gerne in den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)